

*Gut ist dasjenige Tun des Menschen, in welchem der Mensch für Gottes Gnaden dankbar ist.*  
Karl Barth

## Nicht über den Tag hinaus?

Mit der Maisitzung in Würzburg (vgl. den Vorbericht in diesem Heft, S. 248) kommt die Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik in ihre Endphase. Im November 1975 werden ihre Beratungen abgeschlossen sein. Die Pastoral-synode in der DDR geht in derselben Zeit zu Ende. Nur die Schweizer Synoden werden noch knapp in das Jahr 1976 hineinreichen; die Österreich-Synode, als sogenannter „Österreichischer Synodaler Vorgang“ im Anschluß an die Diözesansynoden in nur drei Sitzungen für die überdiözesan interessierenden bzw. zu regelnden Fragen durchgeführt, wurde bereits im Mai 1974 abgeschlossen (vgl. HK, Juli 1974, 368 ff.). Damit kommen wir nicht nur in die Abschlußperiode einer Serie von mehr oder weniger bedeutsamen synodalen Sitzungen, sondern es kommt eine längere Phase quasiparlamentarischen Beratens an ihr Ende, die für die katholische Kirche im deutschen Sprachraum, da sie keine Dauersynoden mit Gesetzgebungsaufgaben kennt, bisher so ziemlich einmalig war.

Es ist sicher noch zu früh, bereits jetzt eine Bilanz zu ziehen. Denn erstens kennt man, jedenfalls im Blick auf die Bundesrepublik, zum größeren Teil noch nicht die endgültigen Texte; fast ein Dutzend zweiter Lesungen stehen noch bevor, darunter für die Abschlußsitzung im November so wichtige und teilweise umstrittene Texte wie die Vorlagen über Mission, über Kirche und Arbeiterschaft und der auf der Maisitzung zum erstenmal zu beratende Bekenntnistext „Unsere Hoffnung“. Insofern wäre jedes Detailurteil, das jetzt getroffen wird, gleichsam ein Eingriff in ein noch schwebendes Verfahren. Zweitens sind Synoden als einmaliger Vorgang sicher mehr auf Dauerwirkung als auf unmittelbare Veränderungen angelegt. So gesehen, wird man vielleicht erst in zehn Jahren sagen können, ob sie Episode waren oder ob sie tiefer in die Glaubens-, Frömmigkeits- und Kirchengeschichte unserer Länder eingegriffen haben, ob sie ein neues Miteinander in der Kirche markierten, das Hierarchie und Volk enger zusammenführte und die Wirkungskraft der Kirche in Verkündigung und sozialer Diakonie spürbar stärkte, oder ob es sich nur um vorübergehende Akte guten Willens handelte, deren Spuren sich in der weitverzweigten und

nicht sehr beweglichen Institution Kirche bald verlieren. Schließlich: man wußte zu Beginn nicht so recht, wohin die Synoden führen würden, wieviel Kraft in ihnen stecken und welche und vor allem wie starke Impulse von ihnen ausgehen würden; noch weniger kann man jetzt schon sagen, wie ihre Umsetzung aussehen wird, was von den Beschlüssen — soweit es sich nicht ohnehin um bloße Absichtserklärungen handelt — sich in der Praxis der Diözesen und Gemeinden niederschlägt, wie Beschlüsse — Empfehlungen und Anordnungen — „vor Ort“ aufgenommen und wie die diözesanen Kirchenleitungen darauf reagieren werden.

Gegenwärtig lassen sich weder die „produktiven“ noch die „kontraproduktiven“ Aktivitäten von Hirten und Herden einigermaßen überblicken.

## Populär wurde die Synode nicht

Eines muß allerdings vorweg gesagt werden, und vielleicht hat dies schon etwas mit der Einschätzung des Ergebnisses zu tun: Eigentlich „populär“ ist die bundesdeutsche Synode, jedenfalls ab ihrem Beginn, nie geworden. Auch die Synoden in der Schweiz und in Österreich haben nie zu jener breiten öffentlichen Sympathie am synodalen Geschehen geführt, wie wir es seinerzeit während des Pastoralkonzils in Holland erlebt haben. Trotz aller Beteuerungen, das Interesse an der Synode habe von Sitzung zu Sitzung zugenommen, bleibt die Tatsache, daß es nur sehr kleine Kreise waren, die an den Beratungen „Anteil“ nahmen, die sich von außen an den Auseinandersetzungen beteiligten und die um die Vorbereitung bzw. um die Weiterführung synodaler Diskussionen in den Gemeinden bemüht waren. Wer heute unter Katholiken eine Umfrage startete und darauf losfragte, wozu denn die Synode einberufen wurde, was ihre Aufgabe sei und worüber sie berate, der würde nicht sehr weit kommen, vermutlich nicht einmal beim Klerus. Interessant konnten Gespräche über die Synode eigentlich nur sein, solange diese noch nicht tagte oder noch nicht einberufen war; denn ob es zu einer Synode kommen würde oder nicht, daran entschied

sich für viele, ob die Kirche nach dem Zweiten Vatikanum genügend flexibel geworden ist, um auf notwendige oder unvermeidbare Veränderungen „kreativ“ zu reagieren, über die gebotenen Maßnahmen unvoreingenommen mit Vertretern aus dem ganzen Kirchenvolk zu beraten und daraus nach bestem Wissen und Gewissen die sich anbietenden Schlüsse für die kirchliche Praxis zu ziehen. Als die Synode auf den Marsch gebracht war und ihr Handlungsrahmen feststand, schien das Echo immer nur dann nennenswert zu sein, wenn ein handfester Konflikt in der Synode selbst (Beispiel: *virī probati*) oder zwischen der Synode und der römischen Kirchenleitung (Beispiel: Laienpredigt) ins Haus stand. Auseinandersetzungen um wichtige Sachfragen (wie auf der vorletzten Sitzung „Ehe und Familie“ und auf der letzten „Kirche und Arbeiterschaft“) führten zwar im Moment zu einer beachtlichen Publizität, aber ein breiteres Dauerinteresse an der Synode vermochten auch sie nicht zu wecken.

Nun muß geringere *Publizität*, fehlende Resonanz in einer breiten Öffentlichkeit nicht unbedingt von Nachteil sein, besonders nicht bei einer Synodenform wie der deutschen, wo verbindliche Beschlüsse gefaßt werden sollen und nicht nur ein nach allen Seiten unverbindlicher Gedankenaustausch stattfindet. Eine alles einbeziehende, aber letztlich unverbindliche Diskussion kann mehr Sensibilität und Interesse wecken, aber wo hauptsächlich Postulate formuliert werden, ohne daß diese auch konkret zu verantworten sind, gerät man sehr bald zum Schaden des inneren Zusammenhalts der Kirche und zum Schaden auch des notwendigen Ernstes, den Grundfragen über Glaube und kirchliches Handeln nun einmal fordern, in Sackgassen und Widersprüche. In einzelnen Phasen des holländischen Pastorkonzils wurde dies besonders anschaulich vorexerziert. Kompakte Beratung mit verbindlichen Ergebnissen sind sicher wichtiger als die oft verführerischen Irrlichter einer diffusen Öffentlichkeit.

### Ängstlichkeit, die nicht sein müßte

Das ist es also nicht, was in erster Linie am „Ankommen“, am „Erfolg“ der Synode zweifeln läßt. Aber es gibt, glaube ich, Ursachen der geringen Resonanz, die zugleich Ursachen eines nicht sehr hoch zu veranschlagenden Ergebnisses sind. Es gibt deren sicher mehrere: darunter irrealer Vorstellungen darüber, was eine Synode leisten kann und was nicht; darunter weiter die Möglichkeit oder Unmöglichkeit, optimale oder auch nur einigermaßen brauchbare Instrumente der Beratung für ein Gremium mit noch weitgehend ungeklärten Kompetenzen zu finden: also etwa ein der Sache, der Lösung der anstehenden Probleme, und nicht nur der Abwicklung der Beratungsvorgänge dienendes Statut; schließlich die größere oder geringere Entschlossenheit, das wirklich Notwendige zu tun und sich nicht durch Nebensächlichkeiten ablenken zu lassen. Ich möchte aber nur eine, allerdings eine, wie mir

scheint, sehr wesentliche und sehr nachteilige herausgreifen, die auch in anderen Teilen dieses Heftes anklingt: die permanente Angst vor „offenen“ Formulierungen (z. B. in Sachen kirchliche Ämter und Dienste, in Sachen Mitverantwortung, in Sachen gescheiterte Ehe) und vor weiterreichenden Veränderungen (Ausbau der Mitwirkungsmöglichkeiten der Laien, praktische Schritte hin zu mehr ökumenischer Zusammenarbeit, Festlegung auf Gremien und Räte, von denen man nicht hundertprozentig sicher ist, ob sie sich bewähren). Wenn etwas die Synode zeitweise gelähmt hat und wenn nun gegen Schluß der Eindruck entsteht, in diesem oder jenem Entwurf (Ämter und Dienste, Ehe, Jugendarbeit, um nur einige aufs Geratewohl zu nehmen) sei eigentlich wenig oder nichts mehr drin, sie könnten mit ihren Flickern und Retuschen, mit ihren salvatorischen Klauseln und Fußnoten auch fehlen, dann liegt der Grund zweifellos in einem *verbreiteten Gefühl der Ängstlichkeit*, die hinter zahlreichen Maßnahmen, Beschlüssen und Formulierungen steht.

Diese Ängstlichkeit zeigt sich in durchaus verschiedenen Tönen und Farben, sie kommt nicht immer nur von einer Seite. Manchmal ist es gar nur die Rücksicht des Plenums auf eine Kommission oder die Rücksicht einer Kommission auf sich selbst, auf einen Autor oder auf eine bestimmte Autorengruppe, die sich mit dem gerade Verfügbaren zufriedengibt. In dieser Hinsicht ist man einigermaßen gespannt, wie das Plenum (es möge dabei doch ein bißchen an den Alltagschristen denken) auf die Vorlage „Unsere Hoffnung“ reagiert, die als persönliches von einer speziellen Theologie untermaltes Bekenntnis in die Zeit hinein eine großartige Sache ist. Doch der Meister an der Drehbank und die Krankenschwester im Nachtdienst werden mit dem konstatierten „Verbot der Melancholie“ und der „Banalität unserer Depressionen“ vermutlich nicht viel anfangen können und dennoch müßten sie einen Text, den eine Synode einem ganzen Kirchenvolk vorspricht, so hören und lesen können, wie sie das Vaterunser oder das Credo beten und hören. Und wo bittere Erfahrungswahrheiten ausgesprochen werden, ist auch im Sinne des Predigers nüchternes Konstatieren besser als eine Jeremiade über vergessenes oder verdrängtes Leid. In anderen Fällen ist es die Sorge um den Zeitgeist; man meint, auf die gedrehten Formen seiner Sprache nicht verzichten zu können und z. B. wie in der alten so in der neuen Jugendvorlage durch eine gestellte Analyse sozial- oder erziehungswissenschaftlich geprägter Leerformeln Glauben und Leben für Jugendliche am besten zusammenbringen zu können.

Die bundesdeutsche Synode wird als Ergebnis mit in ihre Geschichte nehmen, daß sie keine einzige Vorlage abgelehnt, daß nach viel Arbeit und vielen Modifizierungen sich das Plenum immer zu einer *hohen Einmütigkeit* zusammengerauft hat. Dies kann man abstrakt als einen großen „Erfolg“ werten, zumal einem geistlich-kirchlichen Gremium Festigkeit im Bekenntnis und Einmütigkeit im

Glauben und über den besten Weg, diesen zur Wirkung zu bringen, sicher besser ansteht als die Polarisierung zwischen Kontrastprogrammen, die im politischen Leben durchaus einen Sinn hat. Nur wird man sagen müssen: wenn dem so wäre. Denn so einmütig, wie es die jeweiligen Abstimmungsergebnisse suggerieren, war und ist die Synode wohl nicht. Da und dort haben langwierige Verhandlungen zu einem brauchbaren und nüchternen, im besten Sinn vernünftigen Resultat geführt, wie beispielsweise bei der Verabschiedung der Ökumene-Vorlage — so durchaus auch in Sachen Interkommunion, wo die Synode zwar eine generell ablehnende Haltung einnimmt, aber dem einzelnen in klar umschreibbaren Situationen den Weg zum Gewissensentscheid offenhält. In der Mehrheit der Vorlagen ist aber die Substanz auf dem Weg durch die Beratungen und die vielen von einem Standpunkt des Konservierens aus sicher klugen, aber Ängstlichkeit verratenden Einwendungen der Bischöfe mehr als dünn geworden. Manchmal hätte die Synode sicher mehr Profil erreicht und hätte es vermutlich auch der zu verhandelnden Sache gedient; wenn das Plenum den Mut aufgebracht hätte, eine Vorlage abzulehnen. Im einen oder anderen Fall wären einige wenige konkrete Empfehlungen besser gewesen als lange Analysen und Absichtserklärungen, die nur dürftig an die wirklichen Verhältnisse herankommen und nicht einmal die Chance haben, von den kirchlichen Multiplikatoren gelesen zu werden. Das gilt u. a. für das Thema Jugendarbeit: nicht weil dieses Thema nicht sehr wichtig wäre. Im Gegenteil! Es ist eines der wichtigsten, die für die Kirche gegenwärtig überhaupt anstehen. Doch muß man dann schon den Mut aufbringen zu sagen, wie die Verhältnisse wirklich sind, u. a., daß es eine kirchliche Jugendarbeit nur noch in dürftigen Rudimenten gibt und daß die Jugendarbeit als Hilfe zur religiös-charakterlichen Formung von Jugendlichen und zu ihrer Hinführung zu einem aktiven religiös-kirchlichen Leben gerade in einer Zeit ausfällt, wo sie als Hilfestellung (nicht als Ersatz) für das sehr viel kleiner gewordene Gewicht der Familie für die religiöse Sozialisation der Jugendlichen besonders dringlich wäre. Jugendarbeit (nicht nur im Sinne von Sozial- und allgemeiner Erziehungshilfe für Jugendliche, sondern als Hilfe und Hinführung zum Glauben und zum Leben aus dem Glauben) wäre also eine seelsorgliche Aufgabe von großem Rang.

Kaum ein anderes Thema wäre der Synode so sehr auf den Leib geschnitten. Welch anderes Gremium könnte für diesen Bereich schon besser Impulse geben als eine aus Theologen, Pfarrern, Eltern, Lehrern besetzte Synode. Es sieht aber so aus, daß die Synode trotz verbesserter Vorlage beiträgt, Hilflosigkeit zu kaschieren. Man kann dies nach dem Umbruch der letzten Jahre verstehen. Es ist durchaus einzusehen, daß hier die Kirche die teils verstreuten, teils verkümmerten Kräfte noch nicht sammeln kann, aber gerade nach dem pädagogischen Schnickschnack der letzten Jahre wäre eine nüchterne Bestandsaufnahme, die in der Zeit nach der Synode zu neuen An-

sätzen weiterentwickelt werden könnte, durchaus möglich. Wenigstens müßte es hier wie bei anderen Themen gelingen, nach den absolvierten Erfahrungen über dem Zeitgeist, wenigstens über dem bereits wieder vergehenden, zu stehen. Ängstlichkeit scheint hier wirklich nicht am Platz zu sein.

Ängstlichkeit spricht aber auch aus so mancher Stellungnahme aus den Reihen der Bischöfe. Liest man die Stellungnahmen der Bischofskonferenz zu den letzten drei Sitzungen und vergleicht man die Stellungnahmen zu den ersten mit denen zu den zweiten Lesungen, so hat man nicht den Eindruck, diese sei im Verlauf der Synode geringer geworden. Eher entsteht das Bild eines Episkopats, der Einschränkungen stufenweise vornimmt und auf diese Weise zu erreichen sucht, daß auch durch die umfanglichsten Synodenvorlagen in ihrer verabschiedeten Form an den ursprünglichen Zuständen nichts geändert oder höchstens (wie im Bereich der kirchlichen Beratung und Mitsprache) eine schon eingeführte Praxis festgeschrieben wird. Warum würden sonst Fragen der Beratung und Mitsprache im überdiözesanen Bereich praktisch gestrichen oder wird erwartet, daß sie gestrichen werden. Wenn das Statut des Verbandes der Diözesen erst noch endgültig festzulegen ist und verschiedene ekklesiologische Probleme der hierarchischen Verfassung hineinspielen, warum sollte die Synode nicht dennoch Empfehlungen dazu aussprechen. Und wenn man schon sagt, Beratung müsse Beratung bleiben und solle nicht zur Mitentscheidung ausgedehnt werden, warum kann man sich dann nicht zu *wirklichen Beratungsorganen* auf allen Ebenen (Pfarreien, Diözesen, deutscher Bischofskonferenz) durchringen, denen man außer bestimmten Fällen der Mitentscheidung (beispielsweise bei Bischofsnennungen) in genau umschriebenen Bereichen eine Anhörungspflicht durch den jeweiligen Träger des hierarchischen Amtes zuerkennt und denen gegenüber die Ablehnung eines Rates oder Beschlusses auch begründet werden muß. Und warum sollte ein solches Modell in Fragen von Gewicht, die alle Kirchenglieder angehen (unabhängig davon, wie dessen Organe im einzelnen zusammengesetzt sind), nicht auch im Blick auf den Verband der Diözesen angewandt werden (gerade weil die Bischöfe darauf hinweisen, daß seine Satzung „an der rechtlichen Qualität des Statuts der Bischofskonferenz“ teilnimmt). Im Vergleich zu der Zuständigkeiten da und dort zu sehr vernebelnden Vorlage und zu den alle Mitwirkung von Nichthierarchen minimisierenden Einwendungen der Bischöfe böte ein solches immer noch realisierbares Modell die Möglichkeit, über einen längeren Zeitraum ohne ständiges „theologisches“ und kirchenrechtliches Fingerhakeln um Mitwirkungsrechte Erfahrungen zu sammeln. Es folgt auf jeden Fall keinen illegitimen Demokratisierungstendenzen, es nivelliert keine Verantwortung (der Pfarrer braucht dann keine „insbesonderen“ und keine „eigenständigen“ Zuständigkeiten, sondern hat die Letztentscheidung und auch die Letztverantwortung), es entsteht keine Inkompatibilität mit Weiegehalten (Be-

rater und Beratene sind gegenseitig unabhängig), und der Rat kann dann in der Tat Rat bleiben, aber ein Rat, der von dem, der ihn annimmt oder ablehnt, wegen des Begründungszwanges auch tatsächlich ernst genommen wird.

## Geht eine große Chance ungenutzt vorüber?

Aber ist die erkennbare *Minimalisierung der Möglichkeiten der Mitwirkung von Nichthierarchen* an kirchlichen Entscheidungsprozessen nicht Spiegelbild der Haltung der Bischöfe gegenüber der Synode bzw. gegenüber ihren Vorschlags- und Beschlußtexten insgesamt, ein Spiegelbild der immer deutlicher werdenden Devise: möglichst keine Anordnungen durch die Synode, auch möglichst keine eindeutigen Voten nach Rom, möglichst Umwandlung von Anordnungen in Empfehlungen und möglichst Beschränkung auf Absichtserklärungen durch Reduzierung von Voten und Empfehlungen überhaupt? Und wenn ein Votum nach Rom, dann ja kein eindeutiger Vorstoß, sondern nur die Formulierung der Bitte, Gründe und Gegenstände zu prüfen (siehe Voten zum Diakonat, siehe Stellungnahme zur kirchlichen Stellung wiederverheirateter Geschiedener). Indessen weiß jeder, daß ein Votum ohnehin rechtlich und institutionell noch nichts ändert, daß es höchstens einen dringenden Appell darstellt, eine Änderung herbeizuführen, die man für angebracht oder für wichtig hält. Und auf den kirchlichen Instanzenwegen finden sich genügend Sicherungen, daß niemand wegen ruinöser, weil unbedachter Reformen bangen muß. Es ist nicht anzunehmen, daß ein Papst — besonders in der Spätphase seines Pontifikats — alle Anregungen aus einer Teilkirche ungeprüft in die Tat umsetzt. Danach hat Rom noch nie ausgesehen und braucht es auch nicht auszusehen. Und ein künftiger Papst wird nicht alles, was sich in vatikanischen Schubladen gesammelt hat, gleich als gesamt-kirchliches Gesetz dekretieren. Der Weg durch die kirchliche Gesetzgebung ist lang, die Schwerkraft der kirchlichen Verwaltung sorgt seit Jahrhunderten für kein allzurasches Tempo, wie soll da überhaupt etwas in Bewegung geraten, wenn Teilkirchen nicht einmal den Mut haben, Anstöße zu geben oder zu vermitteln. Und muß in solchen Anstößen, damit sie auf einer Synode „passieren“ können, alles so fein und unangreifbar ausgewogen formuliert sein, wie bei einem gesamt-kirchlich bereits verbindlichen Gesetzestext?

Die Synode war zweifellos ein großartiger *Lernprozeß* für alle Beteiligten — die Bischöfe inbegriffen —; es bleibt aber doch der Eindruck, die Bischöfe führten in ihr vor allem durch Bremsen. Wäre die Synode und die Kirche in der Bundesrepublik insgesamt von unbändiger Reformsucht befallen, wäre solches Führen verständlich. Da im Verlauf der Beratungen aber mehr als einmal evident wurde, daß die Synode in so gut wie allen Fragen kompromißbereit ist, die Kirche insgesamt gegenwärtig aber mehr von Lähmung als von Reformsucht heimgesucht

wird, wäre Führung durch Impulse und Voranschreiten (was regulierende Eingriffe ja nicht ausschließt) zeitgemäßer. Jetzt aber sieht es so aus, als ob die Synode, voran die Bischöfe, die große Chance „einer Sammlung zum Aufbruch“ vorbeigehen ließe. Die konkreten Probleme bleiben mit einer eigenartigen Unschärfe behaftet: weder in der Frage der Mitverantwortung noch im Bereich Ämter und Dienste, noch in den akuten Fragen von Ehe und Familie werden andere Wege eröffnet als die, die ohnehin schon lange begangen werden. Dies erscheint um so bedauerlicher, als eine Reihe der genannten Problemfelder vom aktuellen Bewußtseins- und Erfahrungsstand her durchaus für eine Lösung reif wären und die Bischöfe in der Bundesrepublik (mit Nuancen gilt dies wohl für den ganzen deutschen Sprachraum) innerkirchliche Verhältnisse vorfinden, um die sie Episkopate anderer Länder (Frankreich, Italien, selbst der USA, von der evangelischen Kirche im eigenen Lande ganz abgesehen) beneiden würden: eine sehr breite zur Mitte und zur Ausgewogenheit tendierende Schicht im Klerus und unter Laien (Extreme oder ideologisch Verführte sind wirklich Randerscheinungen), eine insgesamt solide, aber eher mäßigende und kooperationsbereite Theologie und trotz aller gegenteiligen Anzeichen auch noch ein gutes Stück gesellschaftlicher Reputation.

Es ließen sich also mit den geeigneten Leuten und den geeigneten Mitteln durchaus *praktische Lösungen* finden, ohne daß Wände oder gar Fundamente einstürzen: eine Zusammenarbeit von Klerus und Laien und eine Auf-fächerung der kirchlichen Ämter und Dienste, durch die Seelsorge langfristig gesichert bleibt (die immerhin beachtlichen Hinweise auf eine — zunächst — „quantitative“ Besserung der Nachwuchssituation sind dafür kein Ersatz; vgl. dazu ds. Heft, S. 233); und es ließen sich — um noch ein paar weltlichere Beispiele zu nennen — nach den Erfahrungen der letzten Jahre sowohl im Bereich Bildung wie im Bereich Jugendarbeit Grundsätze und praktische Regelungen finden, die aus der gegenwärtigen Misere herausführen, und es böten sich (siehe Thema Geschiedene) wohl auch zum Komplex Sexualität, Ehe, Familie und Partnerschaft Anregungen und Lösungen an, die sich geistlich und nicht nur kirchenrechtlich wie bisher die Bestimmungen über die kirchliche Stellung der Geschiedenen verantworten lassen. Ich glaube, wir wissen heute doch differenzierter — anthropologisch wie geistlich differenzierter —, was Unauflöslichkeit der Ehe heißt: nicht Unauflöslichkeit eines abstrakten Bandes, sondern ständige Verpflichtung durch das täglich gesprochene Ja zur konkreten Ehe, an der mehr oder weniger schuldhaft auch jeder scheitern kann und an der gerade unter den hohen partnerschaftlichen Ansprüchen, unter denen Ehen heute stehen, nicht wenige tatsächlich scheitern. Aber gerade solchen Fragen will man aber offensichtlich noch einmal ausweichen. Sie stellen sich später bestimmt wieder, wahrscheinlich dann um so heftiger und unter weniger guten Voraussetzungen. Es lohnt sich nicht, gerade in diesen Fragen nicht, nicht über den Tag hinauszusehen. *D. A. Seeber*